

Der Gemeinderat Giswil erlässt, gestützt auf Art. 94 Ziff. 8 der Kantonsverfassung (KV) vom 19. Mai 1968¹, Art. 17 des kantonalen Baugesetzes vom 21. Juni 1994² und Art. 5 des Bau- und Zonenreglements vom 29. November 1994³ folgendes

Reglement über die Erhebung von Gebühren in Bausachen **vom 16. August 2011**

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck

Dieses Reglement regelt die Erhebung von Gebühren und Kostenvorschuss auf dem Gebiet des Baubewilligungs- und Raumplanungswesens in der Einwohnergemeinde Giswil.

Art. 2 Gebührenpflicht

¹ Die Behandlung von Baugesuchen, Wiedererwägungsgesuchen und Quartierplänen, die Durchführung und Wahrnehmung der Bauaufsicht durch das Bauamt und den Einwohnergemeinderat sowie der Erlass von Vorentscheiden sind gebührenpflichtig.

² Wer eine Amtshandlung veranlassen will, kann zur Leistung eines angemessenen Kostenvorschusses verpflichtet werden. Wird dieser nicht innert der gesetzten Frist geleistet, wird auf das Gesuch oder Geschäft nicht eingetreten.

³ Gebühren, welche durch Dritte erhoben werden, wie beispielsweise die Prüfung des Energienachweises oder die Erstellung von Gutachten, werden den gebührenpflichtigen Personen weiterverrechnet oder sind durch diese direkt zu begleichen.

Art. 3 Bemessungskriterien

¹ Die Gebühren für die Behandlung von Baugesuchen bemessen sich nach den Ansätzen dieses Reglements. Sie beinhalten die Ausschreibung, die Prüfung des Baugesuches, den administrativen Aufwand zur Einholung von Gutachten, die Durchführung der Schnurgerüstabnahme sowie die Baukontrollen.

² Für die Amtshandlungen gemäss Art. 2 Abs. 1, ausgenommen die Behandlung von Baugesuchen, ist die Gebühr nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand, nach dem Wert und der Bedeutung des Bauvorhabens sowie nach der erforderlichen Sachkenntnis zu bemessen.

¹ GDB 101

² GDB 710.1

³ GSR 701

Art. 4 Gebührenpflichtiger

¹ Wer baurechtliche oder planungsrechtliche Verfahren auslöst und besondere Amtshandlungen verursacht, hat die entsprechenden Gebühren zu bezahlen. Die Erhebung eines Kostenvorschusses richtet sich nach Art. 2 Abs. 2 dieses Reglements.

² Sind für baurechtliche oder planungsrechtliche Verfahren mehrere Personen gebührenpflichtig, so haften sie solidarisch.

Art. 5 Gutachten

Der Einwohnergemeinderat ist berechtigt, gemäss Art. 28 Abs. 4 BauV⁴, über das Bauvorhaben Gutachten einzuholen.

Art. 6 Verzicht und Erlass

Wenn die Umstände es rechtfertigen, kann der Einwohnergemeinderat auf die Erhebung der Gebühren teilweise oder ganz verzichten.

II. Gebührenansätze

Art. 7 Gebührenansätze

¹ Für die Behandlung der Baugesuche bis und mit Baubewilligung und die Durchführung der Bauaufsicht werden folgende Gebühren erhoben:

Bausumme in Fr.	Ansatz	Gebühr in Fr.
0.00 - 5'000.00	pauschal	Fr. 150.00
5'001.00 - 10'000.00	pauschal	Fr. 200.00
10'001.00 - 20'000.00	pauschal	Fr. 250.00
20'001.00 - 50'000.00	pauschal	Fr. 300.00
50'001.00 - 100'000.00	pauschal	Fr. 400.00
100'001.00 - 2'000'000.00	4‰	Fr. 400.00 bis 8'000.00
Von dem Fr. 2'000'000.00 übersteigenden Betrag	3‰	

² Falls die in Abs. 1 festgelegten Höchstansätze den Aufwand nicht decken, kann der Höchstansatz überschritten werden, dabei sind die Bemessungskriterien der Gebühr nach Art. 3 Abs. 2 zu beachten.

³ Für alle anderen Amtshandlungen können Gebühren von Fr. 100.00 bis Fr. 10'000.00 erhoben werden.

⁴ Zu den Gebühren können Aufwendungen für Gutachten, Isolationsprüfungen, Energienachweis usw. hinzutreten.

⁴ GDB 710.11

Art. 8 Teuerung - Indexierung

Die in diesem Reglement festgesetzten Ansätze für die Gebühren und den Kostenvorschuss basieren auf dem Landesindex der Konsumentenpreise Basis Dezember 2010 bei 100.0 Punkten. Ändert sich der Indexstand um mindestens zehn Punkte kann der Einwohnergemeinderat durch einen Beschluss alle Ansätze auf den nachfolgenden 1. Januar entsprechend erhöhen.

III. Schlussbestimmungen

Art. 9 Übergangsbestimmung

Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements hängigen Gesuche und Verfahren werden nach den Bestimmungen dieses neuen Reglements behandelt.

Art. 10 Rechtsschutz

¹ Gegen Verfügungen und Entscheide von Amtsstellen der Gemeindeverwaltung kann innert 20 Tagen seit der Zustellung beim Gemeinderat schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden.

² Gegen Verfügungen und Entscheide des Gemeinderates kann innert 20 Tagen seit der Zustellung beim Regierungsrat schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden.

Art. 11 Inkrafttreten und Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch den Regierungsrat auf 1. März 2012⁵ in Kraft.

Giswil, 16. August 2011

Gemeinderat Giswil

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeschreiber:

Bruno Enz

Marco Rohrer

Gemäss Art. 87 der Kantonsverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt und vom 15. Dezember 2011 bis 16. Januar 2012 öffentlich aufgelegt.

⁵ Zufolge späterer Genehmigung durch den Regierungsrat erst auf den 12. April 2012 in Kraft getreten

Genehmigung durch den Regierungsrat
Vom Regierungsrat, soweit an ihm, heute genehmigt.

Sarnen,

Namens des Regierungsrates
Der Landschreiber: